des Staates, wann, wo und unter welchen Voraussetzungen er die Einreise von Ausländern bzw. deren Aufenthalt in seinem Staatsgebiet gestattet. Die Erteilung der für den Aufenthalt von Ausländern in der DDR erforderlichen Genehmigung²² in Form einer *Aufenthalts Erlaubnis bei ständiger Wohnsitznahme, einer Aufenthaltsgenehmigung bei länger befristetem Aufenthalt, einer Aufenthaltsberechtigung bei kurz befristetem Aufenthalt oder eines Transitvisums bei Transit* durch die zuständigen Organe des Staatsapparates bedeutet auch, daß die DDR die verwaltungsrechtliche Rechts- und Handlungsfähigkeit der Ausländer anerkennt und achtet.

Bei Fristablauf, Entzug oder Ungültigkeitserklärung der erteilten Genehmigung hat der Ausländer die DDR unverzüglich zu verlassen. Befolgt er diese Verpflichtung nicht, kann er ausgewiesen werden. Dabei regeln §§ 7 und 8 Ausländergesetz den entsprechenden Verfahrensmodus, einschließlich des nur auf richterlichen Beschluß möglichen Ausweisungsgewahrsams und der zum Schutz der betreffenden Ausländer vorgesehenen Rechtsmittel gegen eine Ausweisungsentscheidung bzw. gegen eine Anordnung des Ausweisungsgewahrsams.

In Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus und der friedlichen Koexistenz haben alle Ausländer - unabhängig von ihrer Nationalität, Rasse, ihrem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis, ihrer sozialen Herkunft und Stellung - im Prinzip gleiche Rechte und Pflichten im Verhältnis zum Aufenthaltsstaat und zu seinen Organen. Der Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau wird auch auf Ausländer angewandt. Prinzipiell und zusammengefaßt bestimmt das Ausländergesetz zur Stellung der Ausländer: „Ausländer, die sich in der Deutschen Demokratischen Republik aufhalten, haben die gleichen Rechte - soweit diese nicht an die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik gebunden sind - wie Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik. Sie sind verpflichtet, die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zu achten und die Gesetze und anderen Rechtsvorschriften der Deutschen Demokratischen Republik einzuhalten“ (§4).

Bei prinzipiell gleicher Rechtsstellung der Ausländer und der Bürger der DDR sind folg-

lich auch Besonderheiten zu beachten, die sich aus dem Status als Ausländer ergeben.²³ Auf bestimmte Rechte der Staatsbürger der DDR können Ausländer ebensowenig Anspruch erheben, wie sie zur Ausübung bestimmter staatsbürgerlicher Pflichten veranlaßt werden können. Das sind insbesondere Rechte bzw. Pflichten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Staatsbürgerschaft der DDR, mit der Ausübung der sozialistischen Staatsmacht und der Treuepflicht gegenüber dem sozialistischen Vaterland stehen.

So können Ausländer das Wahlrecht, das Recht und die Pflicht zur Verteidigung der DDR, das Recht zur Ausübung bestimmter Funktionen und Ämter im Staatsdienst nicht wahrnehmen.

Grundlegende Pflicht der Ausländer, die sich auf dem Territorium der DDR aufhalten, ist es, die Staats- und Rechtsordnung der DDR zu achten. Das heißt vor allem, daß jeder Ausländer die Gebote der Verfassung, der Gesetze und anderer Rechtsvorschriften zu befolgen hat und bei Mißachtung u. a. auch verwaltungs- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann.

So muß vom Ausländer erwartet werden, daß er z. B. die Währungs-, Devisen- und Zollbestimmungen befolgt, daß er seiner polizeilichen Meldepflicht nachkommt und die Verkehrsvorschriften kennt und beachtet.

Die generell gleiche Rechtsstellung der Ausländer in der DDR schließt Modifikationen für Ausländer aus bestimmten Herkunftsländern nicht aus. In zwei- oder mehrseitigen völkerrechtlichen Verträgen und Abkommen, die die DDR abgeschlossen hat, bzw. denen sie beigetreten ist, sind - meist auf der Basis der Gegenseitigkeit - Regelungen enthalten, wonach dem Ausländer im Gastland bestimmte Erleichterungen und Vergünstigungen gewährt werden (z.B. Befreiung von Visazwang oder Visagebühren, Gewährung unentgeltlicher medizinischer Hilfe, höhere Freigrenzen für

22 Vgl. §3 Ausländergesetz i. V. m. AO über den Aufenthalt von Ausländern in der DDR (Ausländer-AO - AAO -) vom 28.6.1979, GBl. I 1979 Nr. 17 S. 154, §2.

23 Vgl. Staatsrecht der DDR. Lehrbuch, Berlin 1984, S. 173f.